



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 04. Januar 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Dänemark ist aus dem Resettlement-Programm des UNHCR ausgestiegen, mit dem Fliehende auf zuletzt mehr als 30 Staaten verteilt werden. Dänemark hätte nach der Regelung 500 Geflüchtete pro Jahr aufnehmen können. Im Jahr 2017 gab es 2.700 Asylantragstellungen in Dänemark, die Regierung spricht davon, dass sie nun wirklich mal eine „Atempause“ brauche. Der Abschied aus dem Resettlement-Programm wurde dabei nicht nur von konservativen bis rechtsradikalen Kräften im dänischen Parlament absegnet, sondern auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Partei.
<http://www.taz.de/15473566/> (31.12.17)
- Im vergangenen Jahr wurden 20.000 neue Jobs für Geflüchtete aus Syrien in den Anrainerstaaten geschaffen. Damit steigt die Zahl der von der Bundesregierung finanzierten Jobmöglichkeiten auf etwa 80.000. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert mit dem Projekt „Cash for Work“ in Jordanien, Libanon, Irak und der Türkei 50-Tage-Jobs in denen die Geflüchteten vor allem Arbeit in Aufbau und Wiederaufbau von Infrastruktur aufnehmen.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/cash-for-work-deutschland-entlohnt-fluechtlinge-vor-ort-15367570.html> (31.12.17)
- In Österreich zeigen sich erste Auswirkungen der Regierung von ÖVP und FPÖ. Asylanträge werden beispielsweise abgelehnt, weil eine Frau, die vor Zwangsehe aus Afghanistan floh, angab, sie möchte gern selbst bestimmen, mit welchem Mann sie zusammenleben möchte. Nun aber, so folgert die Behörde, hätte sie sich in Österreich seit anderthalb Jahren nicht um einen Mann bemüht. Ergo habe sie bei der Angabe ihrer Fluchtgründe gelogen. Weiterhin sind Deutschkenntnisse ein Abschiebegrund. Nicht wenige Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft sind im Iran geboren und/ oder aufgewachsen. Sie könnten nun nach Afghanistan abgeschoben werden, denn sie hätten ja mit ihren Deutschfortschritten bewiesen, dass sie eine neue Sprache lernen könnten. Österreich schiebt inzwischen auch Familien mit Kinder nach Afghanistan ab. Zudem soll die private Unterbringung von Geflüchteten unterbunden werden, deren Anteil in Österreich recht hoch ist. Dies sei eine Einladung zur „illegalen Migration“. Die Bande zwischen Bürger*innen und Geflüchteten sollen so gekappt und keine neuen geknüpft werden indem primär auf Sammelunterbringung gesetzt wird. Das sei teuer, die Regierung lasse sich also ihre fremdenfeindliche Politik einiges kosten wie auch an der Umstellung von Geld- auf

Sachleistungen zu sehen sei. Beliebte ist natürlich auch das Kreieren eines Bedrohungsbildes was sich nun in schärfster, fremdenfeindlicher Rhetorik auch im Regierungsprogramm findet.

<http://www.fr.de/politik/oesterreichs-asylpolitik-deutschkenntnisse-sind-ein-argument-fuer-die-abschiebung-a-1415022,2> (27.12.17)

Bund, Land, Kommune

- Wenn eine Frau von ihrem Ex-Freund ermordet wird, ist dies eigentlich eine Sache für die lokale, maximal die regionale Presse. Nun war der Ex-Freund aber aus Afghanistan und hatte einen Asylantrag gestellt. Nicht nur, dass alle Medien berichteten, auch die Politik reagierte mit einer so hohen Zahl an Forderungen, dass allein das schon genügt um zu zeigen, dass sie alles andere als durchdacht sein können. Vollkommen unbegründet und einer humanitären, vernunftgeleiteten Asylpolitik widersprechend sind sie allemal.
 - Altersfeststellung minderjähriger Geflüchteter
 - Das Alter von Menschen kann medizinisch nicht zweifelsfrei festgestellt werden. Dennoch lassen Politiker*innen von CDU, CSU, FDP und selbst den Grünen (Boris Palmer...) das die Öffentlichkeit glauben. Die Ideen: die Beweispflicht umkehren. Nicht die Behörden müssen das Alter feststellen, sondern die Minderjährigen müssen beweisen, dass sie noch nicht 18 sind. Oder auch: obligatorische Altersfeststellung mittels unwissenschaftlicher Methoden. Sollten die Betroffenen das verweigern, würden sie wie Volljährige behandelt werden. Röntgen- oder Genitaluntersuchungen können aber keine genauen Ergebnisse liefern. Außerdem seien sie „ohne medizinische Indikation [...] ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit, so der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery. <http://www.tagesspiegel.de/politik/kandel-politiker-wollen-alter-junger-fluechtlinge-strenger-pruefen/20801382.html> (30.12.17)
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/asylbewerber-aerzte-alterstests-fluechtlinge-aerztekammer-frank-ulrich-montgomery> (02.01.17)
<https://www.freitag.de/autoren/lfb/perspektiven-statt-misstrauen> (03.01.17)
 - Abschiebung straffällig gewordener, minderjähriger Geflüchteter
 - Das wünscht sich Christian Lindner von der FDP. Rechtlich möglich ist das zwar nicht so ohne Weiteres, aber der Parteichef ordnet bekanntlich ja vieles seiner Selbstdarstellung unter. Auf den Fuß folgt die CSU mit Joachim Herrmann, der die Idee auch ganz toll fand. Er räumt die rechtlichen Hürden ein. Aber wenn eben Verwandte oder Behörden im Herkunftsstaat das Kind oder den Jugendlichen entgegen nehmen müssen, dann muss halt einfach mehr Druck auf die dortigen Regierungen ausgeübt werden. Außerdem will die CSU auch Minderjährige vom Geheimdienst überwachen lassen. <https://www.n-tv.de/politik/Lindner-will-junge-Fluechtlinge-abschieben-article20207665.html> (31.12.17)
<http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Herrmann-fuer-rasche-Abschiebung-krimineller-jugendlicher-Fluechtlinge-id43684361.html> (01.01.17)
- Außerdem, nochmal die CSU, diesmal der neue bayerische Ministerpräsident Markus Söder. Der möchte das Asylbewerberleistungsgesetz verschärfen und offenbar Geflüchtete noch weiter unter das Existenzminimum drücken. Dabei geht er davon aus, dass Menschen tatsächlich lebensgefährliche Fluchtwege auf sich nehmen, um diese kargen Zuwendungen in Deutschland zu erhalten. Für das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit ist klar, dass diese Maßnahmen integrationspolitisch falsch und verfassungsrechtlich fragwürdig seien. Der Anreiz für Schwarzarbeit und Kriminalität erhöhe sich dadurch nur. Zudem betont das Institut, dass Deutschland sich lediglich im Mittelfeld bei Sozialleistungen für Migrant*innen und Geflüchtete bewege. Ein Grund, hierher zu fliehen, sei das nicht.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/markus-soeder-csu-will-sozialleistungen-fuer-asylbewerber-kuerzen-a-1185796.html> (01.01.17)

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-01/csu-fluechtlingspolitik-sozialleistungen-bundesagentur-fuer-arbeit> (03.01.17)

- Und beim Familiennachzug zeichnet sich keine Einigung zwischen SPD und Unionsparteien ab. CDU und CSU schlugen vor, den Familiennachzug in Härtefällen zu ermöglichen. Die SPD hat sich hier aber schon einmal übers Ohr hauen lassen. Härtefallregelungen gibt es, sie werden nur zumeist nicht angewandt. Die Union bleibt dabei, dass sie den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte über März hinaus weiter aussetzen will. Währenddessen hat sich PRO ASYL mit einer Petition an den Bundestag gewandt, die genau das verhindern will. Den Härtefallvorschlag der CDU lehnt PRO ASYL ab. Für Geschäftsführer Günter Burkhardt ist klar, dass das „für die übergroße Mehrheit der Geflüchteten keine Lösung“ sei.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asyllpolitik-csu-will-nur-ueber-haertefaelle-bei-familiennachzug-reden-1.3806192> (27.12.17)
<https://www.taz.de/Familiennachzug-fuer-Fluechtlinge/!5470259/> (27.12.17)
- Laut einer Zählung von PRO ASYL und der Amadeu Antonio Stiftung gab es im vergangenen Jahr weniger Gewaltvorfälle gegen Geflüchtete als im vorvergangenen. Waren es 2016 noch 3.768 Gewalttaten, waren es in 2017 1.713. In den neuen Bundesländern häufen sich die Vorfälle aber. Brandenburg ist mit 85 Fällen pro einer Million Einwohner*innen das Land, in dem relativ gesehen die meisten Geflüchteten attackiert worden. Darauf folgt Sachsen mit 61 Übergriffen pro einer Million Einwohner*innen, dann Sachsen-Anhalt (55), Berlin (52), Thüringen (47) und Mecklenburg-Vorpommern (45). Die Schlusslichter bilden Hamburg (7), NRW (5) und Bremen (3).
Vor dem Hintergrund der nicht aufhörenden Gewalttaten fordern Linke, Grüne sowie Opferberatungsstellen ein Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt. Es wäre ein Signal an die Täter*innen, wenn sich Politik und Gesellschaft auf die Seite der Betroffenen stellen würde. Oft komme es vor, dass gegen Menschen, die verdächtigt werden, eine rechtsmotivierte Straftat begangen zu haben, Anklage erhoben werde, aber in der Gerichtsverhandlung keine Vernehmung der Betroffenen mehr möglich sei. Die Betroffenen waren dann schon häufig „freiwillig ausgereist“ oder abgeschoben worden.
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-12/gewalt-vorfaelle-fluechtlinge-statistik-2017> (28.12.17)
<http://www.fr.de/politik/rechtsextremismus/angriffe-auf-fluechtlinge-keine-abschiebung-von-opfern-a-1414913> (27.12.17)
- Zwei Menschen, einer Anhänger der Gülen-Bewegung, dem anderen wurde das unterstellt, stellen in Deutschland einen Asylantrag. Der vorgebliche Anhänger erhält den Asylstatus, der tatsächliche Anhänger die komplette Ablehnung. Für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss das Zufall sein. Schließlich gebe es einheitliche Vorgaben.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asylbewerber-wenn-glueck-oder-pech-ueber-asylantraege-entscheidet-1.3804876> (27.12.17)
- Die Arbeitsatmosphäre im BAMF muss darüber hinaus an einen neuen Tiefpunkt angelangt sein. Bei der größten Personalversammlung des BAMF am 13. Dezember 2017 übte die Gleichstellungsbeauftragte Tanja Biesen scharfe Kritik an der Amtsleitung. Es erfolge keine Unterstützung für überlastete Mitarbeiter*innen oder Betroffene sexueller Belästigung. Die Leitung nehme die von der Gleichstellungsbeauftragten vorgetragene Kritik nicht ernst oder lasse sie gar nicht erst an sich herankommen. Deswegen auch der öffentliche Auftritt, so Tanja Biesen. Eine informelle Klärung sei nicht möglich gewesen. Schlimmer noch, ihr sei mehr Personal für ihr Büro angeboten worden wenn sie denn weniger kritisch agiere. Das Angebot erinnere sie an Korruption, so Biesen. Heute arbeiten 7.500 Menschen im BAMF, in Spitzenzeiten waren es 10.000. Es gäbe einen harten Konkurrenzkampf zwischen denjenigen, die unbefristete Arbeitsverträge hätten, denjenigen, die befristet eingestellt

sind und denjenigen, die voraussichtlich wieder gehen müssen. „Das ist der perfekte Nährboden für zwischenmenschliche Probleme.“ so Biesen.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/bundesamt-fuer-migration-und-fluechtlinge-schwere-vorwuerfe-gegen-leitung-des-asyl-bundesamts-1.3807444> (28.12.17)

-
- Der Leipziger Migrantenbeirat soll Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und somit ohne Wahlrecht eine Stimme in der Stadtpolitik geben. Die Unterbringung Geflüchteter ist dabei in letzter Zeit verstärkt auf der Agenda des Beirats. Denn: es gibt einen Unterschied zwischen dem, wie Verwaltungsmitarbeiter*innen die Situation beschreiben und dem, was die Unterbrachten selber sagen. Die Idee, eine Beschwerdestelle einzurichten, wurde besprochen, die Stadt Leipzig will nun ein Konzept entwickeln. Der Migrantenbeirat kann solche und andere Vorschläge in den Stadtrat mittels Anträgen einreichen. Der Rat muss dann mehrheitlich beschließen. Umgekehrt bitten die Leipziger Stadträte den Migrantenbeirat auch regelmäßig um Stellungnahmen.
<http://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/leipziger-migrantenbeirat-100.html> (23.12.17)

Hintergrund und Meinung

- „Richter wie der AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier, der der NPD offenkundig näher steht als dem Bekenntnis zur Menschenwürde, sollten in der Justiz der Bundesrepublik unmöglich sein.“ schreibt Christian Bommarius in der *Frankfurter Rundschau*. Die bundesdeutsche Justiz sollte nicht den demokratischen Rechtsstaat aushöhlen wie es die Justiz der Weimarer Republik tat. Dies sollte unter anderem über Richter*innenwahlausschüsse sichergestellt werden. Die bestehen allerdings nur auf Bundesebene. Maier ist seit 20 Jahren Richter am Landgericht Dresden. Ein kollektiver Protest seiner Kolleg*innen ist bisher ausgeblieben. Das sei beschämend.
<http://www.fr.de/politik/meinung/leitartikel/afd-jens-maier-ein-unertraeglicher-richter-a-1415440,2> (29.12.17)
- Eine Reportage von Antonie Rietschel in der *SZ* über Arnsdorf, die sächsische Gemeinde wo im Mai 2016 ein Geflüchteter irakischer Staatsbürgerschaft von einer selbst ernannten Bürgerwehr an einen Baum gefesselt wurde. Die Bürgermeisterin, Martina Angermann, positionierte sich klar gegen diese Tat sowie für eine Aufklärung im Prozess gegen die Täter. Der Prozess aber wurde eingestellt, es gebe nicht wirklich ein „öffentliches Interesse“. Später kommt heraus, dass der Staatsanwalt bedroht wurde. Zuvor war der Geflüchtete, Shabas al-Aziz, im Tharandter Wald tot aufgefunden worden. Bereits im Januar erfor er da. Die Bürgermeisterin wird weiterhin auf das Übelste diffamiert. Für Angermann ist klar: die rechtsradikale Szene hat Aufwind bekommen. Dass diese Tat nicht strafrechtlich verfolgt wurde, war ein Fehler.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/rechtsextreme-in-sachsen-eine-gemeinde-hoffnungslos-gespalten-1.3508278> (18.5.17)
- Als 2011 die ersten Menschen aus Syrien in den Libanon flohen, übernahm der Nasser Club, ein Fußballverein in der zweiten libanesischen Liga, Verantwortung. Mit ersten Hilfsmaßnahmen wurde die größte Not abgefedert. Erfahrung hat der Club dabei. Bereits palästinensische Geflüchtete wurden von dem Verein unterstützt. Darüber hinaus engagiert sich der Club in der Nachbarschaft der Stadt Bar Elias, auch in der Schul- und Umweltpolitik. Sportlichen Profit konnte der Club bereits ausschlagen: Mohamed Nasr spielte in der syrischen U21-Auswahl bevor er fliehen musste. Nun spielt er als Profi im Nasser Club.
<http://www.zeit.de/sport/2017-12/libanon-fussball-fluechtlinge-ngo-syrien> (26.12.17)

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rld.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe